

Deutsch-amerikanische Partnerschaft – das Fundament unserer Außenpolitik

Mit ihrer über den Oktober 1980 unverändert weitergeltenden Wahl-aussage bekräftigt die CDU das unverzichtbare Fundament deutscher Außenpolitik seit Konrad Adenauer:

„Frieden und Freiheit müssen wir gegen jede militärische und ideologische Bedrohung sichern. Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können ihre Sicherheit und Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika verteidigen. Deshalb muß das Atlantische Bündnis weiter gefestigt und ausgebaut werden. Die freien Staaten Europas müssen militärisch enger zusammenarbeiten.“

(Wahlprogramm der CDU/CSU vom 17. Mai 1980, unter Ziffer II.1.1)

Lang Zeit gab es über diese außenpolitische Grundorientierung Überstimmung zwischen allen Parteien im Deutschen Bundestag. Hierin lag die besondere Stärke unserer Außenpolitik in den vergangenen Jahrzehnten. Heute ist dies anders: Zu einem Zeitpunkt, da Leonid Breschnew im vollen Bewußtsein sowjetischer Überlegenheit im Bereich eurostrategischer Waffensysteme (SS 20, Bomber „Backfire“) großzügig ein Moratorium für diesen Bereich anbietet und der Bundesaußenminister dies konsequent und folgerichtig zurückweist, schwenken Teile der SPD in atemberaubender Weise auf eben diese Breschnew-Linie ein. Jüngstes Beispiel ist ein entsprechender Beschuß der baden-württembergischen SPD, dem vier Bonner Minister (Volker Hauff, Günter Huonker, Rainer Offergeld und Andreas von Bülow) zustimmten:

„Erforderlich ist, daß die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft beider Supermächte in die sofortige Aufnahme konkreter Verhandlungen ohne jede Vorbedingung mündet: ein zeitlich begrenztes Moratorium bezüglich der Sta-

tionierung eurostrategischer Waffen kann ein sinnvoller Bestandteil dieser Verhandlungen sein.

Wir erwarten, daß die Verhandlungen konstruktiv mit dem Ziel eines wechselseitigen Verzichts auf eine eurostrategische Aufrüstung geführt werden. Wer einen Teil des Doppelbeschlusses in Frage stellt, der stellt auch den anderen in Frage. An einer Politik, die auf überlegene militärische Stärke abzielt, werden wir uns nicht beteiligen, auch nicht durch die Bereitstellung deutschen Territoriums für die Stationierung neuer eurostrategischer Waffen. Wir werden deshalb auf dem ordentlichen Parteitag in München auf die Prüfung der Frage drängen, ob die Geschäftsgrundlage für den Beschuß des Berliner Parteitages entfällt und eine Revision des Beschlusses notwendig ist.“

(Beschuß der baden-württembergischen SPD vom 21./22. März 1981, Ziffern 3 und 4.)

Und der Kanzler, der nach außen amerikanische Treueschwüre ablegt, schweigt dazu.

Er schweigt zu der haarsträubenden Unterstellung, westliche Politik — und das meint hier vor allem amerikanische Politik — sei eine Politik, „die auf überlegene militärische Stärke abzielt“.

So kann es nicht verwundern, wenn aus Washington zunehmende Zweifel an der deutschen Bündnissolidarität geäußert werden, wenn in den USA und anderswo in aller Öffentlichkeit die Frage gestellt wird, ob denn die Bundesrepublik Deutschland sich aufmache, einen „Dritten Weg“ zu gehen; einen Weg zwischen Ost und West, ohne die Rückendeckung unserer bisherigen Freunde, dem nie revidierten Machtanspruch Moskaus ständig ausgeliefert. Einen Weg, den es realistisch nicht geben kann für denjenigen, dem die verkürzende Parole „Lieber rot als tot“ nach wie vor unannehmbar ist.

Um so notwendiger wird es, sich auf die Grundlagen des deutsch-amerikanischen Verhältnisses — zugleich Rückgrat des Atlantischen Bündnisses — zu besinnen, sich zu erinnern, daß es nicht pragmatische Tagespolitik ist, die uns zusammenhält, sondern die Gemeinsamkeit unserer Wertvorstellungen von Freiheit, Menschenrecht und Demokratie als die unverzichtbaren Leitprinzipien des politischen Handelns hier wie dort. Eindeutiger denn je müssen wir heute Antwort geben auf die Frage: „Wofür treten wir ein?“, und überzeugender denn je muß unsere Bereitschaft erkennbar sein, entsprechend zu handeln.

Die Linke träumt vom Dritten Weg

Der modische Antiamerikanismus der deutschen Linken, die vor allem in der SPD ihre Heimat findet, lebt nach dem Grundsatz: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß. Beschützt unsere Freiheit, erweitert unseren politischen Ellbogenraum und respektiert unser Bedürfnis nach gutem Gewissen, aber laßt es

euch nicht einfallen, dafür einen Preis zu verlangen: die Tugend des Mutes etwa, oder der Geduld; des Mutes vor Diktatorenthronen oder gar des Mutes, die kalte Logik des Mächtesystems im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zu durchdenken, die der Bundesrepublik zwar viel wirtschaftliches Gewicht zuweist, zugleich aber auch ihre besondere Schutzbedürftigkeit zeigt.

Doch diese Überlegungen finden in den Denkkategorien eines Willy Brandt offensichtlich keinen Raum. Es ist der Vorsitzende der SPD selber, der in neuerer Zeit vermehrt von angeblich unterschiedlichen Interessen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland spricht und dabei unterschlägt — oder nicht wahrhaben will —, daß unser Bündnis mit Amerika sehr viel mehr ist als ein reines Zweckbündnis auf der eher zufälligen Grundlage gemeinsamer Interessen.

Was Willy Brandt betreibt, ist das Infragestellen der gemeinsamen Wurzeln unserer politischen Kultur. Hier geht es um unsere freiheitliche Lebensform, die wir nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten erhalten können oder gar nicht.

Jeder Blick auf Berlin, auf lange östliche Grenzen und eine überaus verwundbare Infrastruktur könnte die Träumer darüber belehren, wer in Krisenzeiten der Solidarität bedürftig ist. Was würde geschehen, wenn der amerikanische Senat eines Tages Bilanz zöge und sich die Auffassung zu eigen mache, er müsse den Willen intellektueller Führungsschichten und den Antiamerikanismus einer großen politischen Partei in der Bundesrepublik respektieren und 250 000 Soldaten abziehen?

Selbst wenn dies zur Zeit noch unrealistisch ist, so ist es doch als Ernüchterungsübung nützlich, einmal über die praktischen Folgen des unpraktischen Redens nachzudenken. Der „Dritte Weg“, von dem so viele träumen, würde nicht nur unsere Bindungen an den Westen zerstören, er würde auch die moralischen und politischen Grundlagen dieser Republik untergraben. Er wäre nur Vorstufe für einen Weg, der unaufhaltsam in die Höhle des Bären führt: viele Spuren führen hinein, aber keine heraus. Schrecken die Spuren nicht mehr? Das wolle ja niemand, lautet die Entgegnung. Aber menschliches Wollen und die Logik der Machtpolitik sind zweierlei, und niemand hat diese Lektion den europäischen Völkern im 20. Jahrhundert so nachhaltig beigebracht wie zuerst die Nationalsozialisten und dann die Kommunisten.

Stiller Wandel in den USA

Wir Deutsche können heute an drei Grundtatsachen nicht vorbeigehen:

- ① daß unsere freiheitliche Lebensform nur in enger solidarischer Bindung an die USA und die anderen großen Nationen des Westens zu sichern ist;
- ② daß diese Sicherung nicht mehr so wie in der Zeit des kalten Krieges eine gewissermaßen selbsttätige Funktion übergeordneter Interessen sein kann, sondern von der deutschen Politik selbst geleistet werden muß. Wenn die Politiker

in diesem Punkt versagen, wenn ihnen zu diesem Punkt die Unterstützung der Öffentlichkeit und der Wähler entgleitet, dann wäre dies auf lange Zeit und mutmaßlich endgültig das Ende freiheitlicher deutscher Politik überhaupt;

- ③ daß in den USA eine Verschiebung von Macht und Einfluß im Gange ist, die das Gesicht des Landes verändert, die traditionelle politische Kultur umformt und das Verhältnis dieser „continental nation“ zu ihren europäischen Verbündeten in Zukunft anders prägen wird, als es dreißig Jahre lang war.

Diese Verschiebungen entstanden in einem langen Prozeß ohne dramatische Höhen und Tiefen. Die deutsche Politik wird den Schlüssel zum Verständnis nur finden, wenn sie jenseits der Tagespolitik nach Ursachen forscht. Es wäre dabei schon viel gewonnen, wenn die sichtbaren Verständigungsschwierigkeiten nicht allein als Defizit von Politikern hüben und drüben begriffen würden, die zu wenig miteinander sprechen oder zu laut über das falsche Thema. Es gilt letztlich, sie als Ausdruck tiefgreifender Wandlungen im Denken und in der materiellen Kultur zu erkennen.

Am wichtigsten ist dabei wohl jene Veränderung, die den Amerikanern selbst schwer zu schaffen macht und die politische Kultur Amerikas aus ihren traditionellen Gleisen hebt: Mit dem Titel eines vor wenigen Jahren erschienenen Buches von Kirkpatrick Sale nennt man es meist den „Power Shift“.

Das bedeutet die Verlagerung der Macht von der Ostküste, wo sie seit der amerikanischen Unabhängigkeit 200 Jahre lang zu Hause war, in den südlichen Sonnengürtel, den „Sun Belt“.

Lebensformen und Lebensweise sind in Florida, Georgia oder Texas viel weiter von Europa entfernt als in New York oder in Cambridge, Massachusetts. In Dallas oder in Fort Lauderdale gilt, was in Europa geschieht, gemeinhin nicht als lebenswichtig, und diese Distanz prägt die Wähler und die politischen Eliten.

1976 hat der Aufstieg des früheren Gouverneurs von Georgia, Jimmy Carter, und seiner Mannschaft nicht nur das amtliche Washington überrascht und die bis dahin übliche Routine gestört. Der Atlantik wurde breiter, deutsche und europäische Probleme wurden fremder.

Seit dem Ersten Weltkrieg war Deutschland — im Guten wie im Bösen — stets vorrangig in der Definition amerikanischer Interessen. Das zeigen beispielsweise die hohen Investitionen in die Wirtschaft der Weimarer Republik. Der Aufstieg des Nationalsozialismus, der Beginn des Zweiten Weltkriegs und die Entstehung des bipolaren Weltsystems im Zeichen des kalten Krieges haben diese Interessen unter wechselnden Vorzeichen intensiviert.

Anzeichen geistiger Entfremdung

Die große Zahl hochqualifizierter, vor allem jüdischer Gelehrter, die seit 1933 Deutschland verlassen mußten und oft in amerikanischen Instituten eine Heim-

statt fanden, von dem Physiker Einstein bis zu dem Historiker Rothfels, hat Wissenschaft und Geistesleben der USA mitgeprägt.

Diese Generation ist heute kaum noch anzutreffen. Ihre Söhne und Schüler sind Amerikaner. Der europäische Blickpunkt, den sie einst wie selbstverständlich vermittelten, geht verloren.

Im geistigen Leben macht sich zudem bemerkbar, daß Amerikaner ungern fremde Sprachen lernen. Im Krieg und danach verstand es sich von selbst, eine oder zwei große europäische Sprachen zu kennen. Nach der Sputnik-Krise von 1958 lenkte der Kongreß durch Gesetzgebung viel Geld in die Förderung des Studiums fremder Sprachen. Dies ist zu Ende. Selbst an der Harvard-Universität ist die deutsche Abteilung heute nur wenig umfangreicher als das Department of Classics. Wenn Amerikaner heute eine fremde Sprache lernen, dann ist es oft Spanisch. Das Land beherbergt neben anderen starken ethnischen Gruppen etwa 15 Millionen illegale Einwanderer aus Lateinamerika. So rechnet man damit, daß bis 1990 die Mehrheit der Einwohner von Los Angeles spanisch sprechen wird. Sozialarbeiter und Polizisten müssen schon heute Spanisch lernen. Französisch und Deutsch, von anderen Sprachen nicht zu reden, werden weniger gelehrt und gelernt denn je.

Die Anziehungskraft Europas ist geringer geworden. Bis 1970 gehörte es zur College-Erziehung, einen Sommer oder ein Jahr in Europa zu verbringen. Amerika galt als europäische Zivilisation. Heute lockt die unterentwickelte Welt, vor allem Lateinamerika.

Wer ins Geschäftsleben will, schaut auf die arabischen Länder. An der Westküste blickt man nach Japan. Europa wurde aus der Mutterkultur zum „regional study“. Wer heute die klassischen „Western-Civ“-Kurse über westliche Kultur lehrt, muß sich fragen lassen, was das alles für die Welt von morgen nütze.

Hinzu kommt die Veränderung des amerikanischen Wirtschaftsklimas. Die allgemeinbildenden Kurse der Hochschulen gelten weniger, die berufsbildenden wie Recht, Medizin und Verwaltung mehr. Finanzielle Zwänge erschweren den akademischen Austausch von Professoren und machen ihn unmöglich für Studenten. Die großen amerikanischen Stiftungen, die Regionalstudien finanzieren, lassen Europa zunehmend außer Betracht. Viele Europa-Spezialisten kennen ihren Gegenstand kaum noch aus eigener Anschauung.

Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß das Studium deutscher Sprache, Literatur, Geschichte und Politik im nächsten Jahrzehnt noch mehr an den Rand gerät.

Es gibt auch auf deutscher Seite zu wenig Initiative und einen erschreckenden Mangel an geistiger Vitalität in den Kultusbürokratien wie in den Institutionen, die für die Förderung des Austausches in Frage kommen.

In einer Zeit, in der sich der deutsche Bundeskanzler rühmt, besonders gut Englisch zu sprechen, werden deutsche Studenten zunehmend provinziell. Der Anteil der deutschen Studenten im Ausland ist beispielsweise seit Mitte der sechziger

Jahre von 3,1 % eines Jahrganges auf 1,2 % zurückgegangen. Auch der Prozentsatz der Hochschulabsolventen, die einen Teil ihres Studiums im Ausland verbrachten, hat sich von 1962 bis 1975 von 14 % auf 7 % halbiert.

In den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten muß man geradezu von einer katastrophalen Zuspitzung sprechen.

Im Jahre 1977/78 verbrachten lediglich 256 Studenten ein Jahr in den USA, das sind lediglich 0,04 % der eingeschriebenen Studenten. Zählt man die Studenten hinzu, die nur für kurze Zeit in die USA gehen, so kommt man auf 2 040 Studenten, das sind 0,33 %. Bei einer Gesamtzahl von über 800 000 Studenten ist dies eine beschämende Zahl.

Dabei ist die Auslandsmüdigkeit sicherlich in erster Linie keine Frage des Geldes, sondern eine Frage der geistigen Beweglichkeit. In den Hochschulen besteht für diese Probleme keine Motivation mehr, nicht zuletzt, weil die zunehmende Bürokratisierung und Reglementierung Studenten bestraft, die eigene Initiative entwickeln und zu einem persönlichen Risiko bereit sind.

Angelpunkt der Dissonanzen im deutsch-amerikanischen Verhältnis ist die Sicherheitspolitik

Noch funktioniert die militärische Allianz über den Atlantik hinweg. Aber sie funktioniert vor allem, weil die Militärs auf der Grundlage gemeinsamer und übereinstimmender Lagebeurteilungen immer noch zu gleichen Entschlüsse kommen und diese in die Praxis umsetzen. Dies ist selbstverständliche Zusammenarbeit auf der technokratischen Ebene; und sie ist unerlässlich.

Doch zunehmend fragen die Spitzenmilitärs der NATO nach dem politischen Oberbau ihres Tuns. Sie vermissen den politischen Antrieb, den unbeugsamen Willen der politisch Verantwortlichen, den Atlantik nicht breiter werden zu lassen.

Dabei geht der militärische Machtausbau der Sowjetunion ungebremst und ungeachtet ihrer zunehmenden inneren Schwierigkeiten weiter. Während des Jahrzehnts der sogenannten Entspannung hat die UdSSR stärker aufgerüstet als je eine Weltmacht zuvor in der Geschichte der Menschheit. Sie hat ihre militärische Macht in den letzten 15 Jahren schlichtweg verdoppelt. Der Westen dagegen hat seine Verteidigungsanstrengungen während dieser Zeit im Vertrauen auf die Entspannung einseitig verringert. Das ist die Wirklichkeit.

Wer hier von Wettrüsten redet, täuscht sich und die Bürger über den wirklichen Sachverhalt hinweg; den eines stetigen Machtzuwachses der UdSSR zu Lasten des Westens.

Die UdSSR gibt sich ganz offenkundig nicht mit der ihr von den USA konzentrierten Parität zufrieden, sondern strebt nach Überlegenheit im strategischen

konventionellen, taktisch-nuklearen und vor allem auch maritimen Bereich. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache.

Der rapide Aufbau im Bereich der Mittelstreckenraketen durch die UdSSR zielt ins Herz unserer Abschreckungsstrategie. Der Aufbau der SS 20 geht viel schneller vorstatten, als noch vor Jahresfrist angenommen.

Der Kanzler hat im Bundestag die falschen Zahlen genannt. In Wirklichkeit baut die UdSSR nicht nur jede Woche eine Raketenstellung gegen uns auf, sondern weit mehr: in vier bis fünf Wochen jeweils einen Verband von neuen Abschußrampen.

Die Sowjetunion dürfte nach zuverlässigen Informationen bereits in wenigen Wochen über 200 SS-20-Abschußrampen verfügen. Damit erwirbt sie gegenüber Europa eine nukleare Erstschilagskapazität, die unser gesamtes Nuklearpotential neutralisiert, damit unsere Abschreckungslandschaft in eine Landschaft der Selbstabschreckung verwandelt und uns vom amerikanischen strategischen Nuklearschirm abkoppelt. Was hier vor sich geht, ist militärisch wie politisch tödlich, gerade weil es zunächst nur von Fachleuten gesehen und verstanden wird. Darum ist die Nachrüstung eine gebieterische militärische wie politische Notwendigkeit.

Wer wie die Linken in der SPD die Nachrüstung torpediert, muß wissen, daß er die Bundesrepublik Deutschland verteidigungsunfähig macht und damit genau jene Situation der Friedensgefährdung heraufbeschwört, die er zu verhindern versucht.

Jetzt rächt sich das Führungsversagen des Kanzlers, der auf dem SPD-Parteitag in Berlin sich mit einem Formelkompromiß zufriedengab, anstatt diesen Beschuß offensiv zu vertreten und mit sicherheitspolitischen Notwendigkeiten zu begründen.

Vor dem Hintergrund der gewachsenen Bedrohung bleibt das Verhältnis der Europäer und besonders der Deutschen zu den Vereinigten Staaten ausschlaggebend. Dieses Verhältnis bestimmt für den Rest dieses Jahrtausends unser Schicksal. Dabei geht es nicht um blinde Vasallentreue oder bedingungslose Gefolgschaft. Wir sind freie Partner in einer freien Allianz. Wir träumen auch nicht von einer absoluten Harmonie. Meinungsverschiedenheiten sind normal. Eines allerdings ist unabdingbar: ein Grundkonsens in den vitalen Fragen der Freiheits- und Friedenssicherung. Diesem Konsens drohen in nächster Zeit schwere Belastungsproben.

Verlust des Wertbewußtseins

Während sich in den Vereinigten Staaten eine Rückbesinnung auf die Grundwerte und Grundtugenden einer freien Gesellschaft vollzieht, während sich dort ein neuer Realitätssinn Bahn bricht, wird Europa und speziell die Bundesrepublik Deutschland heimgesucht von Zweifeln und Unsicherheit an seinen Werten und Zielen und vor allem von einem merkwürdigen Realitätsverlust.

Zeugt es nicht von diesem Realitätsverlust, wenn in einer Zeit, in der die UdSSR sichtbar und hemmungslos militärische Macht aufbaut und in Afghanistan direkt, in Polen indirekt einsetzt, in Europa die Zahl jener wächst, die auf einseitige Abrüstung setzen? Ist es nicht Realitätsverlust, wenn in einer Zeit, in der die Versorgung mit Öl unsicherer und teurer wird, der Protest gegen die einzige verfügbare zusätzliche Alternativenergie — Kernkraft — immer lautstärker wird?

Während sich die USA auf ihre Stärken besinnen, bestimmen bei uns Furcht, Schwäche, Anpassung und Beschwichtigung mehr und mehr unsere Politik gegenüber der Sowjetunion. Während sich in den USA eine starke und selbstbewußte Regierung ans Werk macht, sind bei uns die Bundesregierung und die SPD dabei, sich selbst zu zerfleischen und um den Rest ihrer Handlungsfähigkeit zu bringen. Das sind keine guten Aussichten in einer Lage, in der unser Volk dringend eine starke und handlungsfähige, entschlossene, führungskräftige Regierung bräuchte. Statt dessen erleben wir einen Kanzler, der den zwei gefährlichsten Grundströmungen in unserer Gesellschaft hilf- und führungslos gegenübersteht.

Diese beiden Grundströmungen werden, wenn wir ihnen nicht entschiedener begegnen, die Sicherheit und Freiheit unseres Landes zerstören.

Es ist einmal eine Grundströmung des wachsenden wirklichkeitsblinden Pazifismus und zum anderen die eines Antiamerikanismus, der sich an einer verzerrten Darstellung der neuen amerikanischen Regierung und einer Desinformationskampagne um El Salvador entzündet.

Wir müssen energisch Front machen gegen diesen unverantwortlichen Antiamerikanismus. Dort sind keine Scharfmacher am Werk, die einen neuen Kreuzzug gegen den Kommunismus eröffnen wollen, oder die Konfrontation suchen und ein wildes Wettrüsten entfesseln wollen. Dort sind verantwortlich denkende und durchaus gemäßigte und erfahrene Leute an der Regierung, die allerdings die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts rings um den Globus ernst nehmen und dem amerikanischen Machtverfall ein Ende setzen wollen. Das kann für Europa nur von Vorteil sein.

Nicht die Amerikaner sind es, die eine „Politik der Stärke“ propagieren. Die Sowjets sind es, die seit einem Jahrzehnt eine Politik der Stärke betreiben, ohne daß sich die Linken in unserem Lande dagegen je aufgelehnt haben.